

Erklärung der Landesregierung zur Hilfe des Landes Niedersachsen für Flüchtlinge aus Vietnam

Rede des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit vielen Tagen verfolgt die Weltöffentlichkeit die Flüchtlingstragödie im Fernen Osten. Tausende von Menschen haben Heimat und Besitz aufgegeben, um das nackte Leben zu retten und dem Druck einer harten Diktatur zu entkommen. Auf alten, nur noch bedingt seetüchtigen Schiffen versuchen sie, zu den Nachbarstaaten zu gelangen, um dort aufgenommen zu werden.

Aber ihre Hoffnungen wurden enttäuscht. Die südostasiatischen Staaten sind immer weniger bereit, dem Strom der Flüchtlinge ihre Grenzen zu öffnen. Wir Europäer, die wir in Frieden und Wohlstand leben, haben keinen Anlass, uns über die Einwanderungspolitik dieser Staaten zu entrüsten; aber wir sehen die Folgen: Menschen, unter unwürdigen und unerträglichen Bedingungen zusammengepfercht, hungernd, krank, nicht wissend, woher die Hilfe kommen soll und wohin sie sich wenden können. Andere, die auf untüchtigen Booten wieder zurück aufs hohe Meer geschickt werden und kaum damit rechnen können, den ersten Sturm zu überleben.

Hunderte von Millionen haben vor dem Fernsehen diese Tragödie miterleben können. Aber wo blieb und wo bleibt die erlösende Tat? Wir wollen nicht mit den anderen Nationen rechten. Sprechen wir von uns- „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mit dieser verpflichtenden Feststellung leitet das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Kapitel über die Grundrechte ein. Die Würde des Menschen ist keine

Eigenschaft, die auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt werden kann. Sie gehört allen Menschen, und ihre Verletzung berührt uns alle, gerade uns Deutsche. Wir sind die drittgrößte Industrienation der Welt. Wir leben im Wohlstand, und wir leben in Freiheit. Wir können helfen, wenn wir es wollen. Und so lange ist es noch nicht her, dass deutsche Menschen Millionen an der Zahl — mitten im kältesten Winter zu Fuß über tausend Kilometer vor den russischen Armeen in den Westen geflohen sind. Müssen wir nicht besser als andere wissen, was es heißt, auf der Flucht zu sein?

Wir Niedersachsen leben darüber hinaus im Bundesland mit der längsten Zonengrenze. Viele Landsleute wagen immer noch den Versuch, in die Freiheit zu gelangen. Häufig genug enden diese Versuche mit Gefängnis, mit Verwundung oder auch mit Tod. Sollten wir deshalb nicht mehr als andere aufgerüttelt sein durch das, was sich in und um Vietnam vollzieht? Dies alles, meine Damen und Herren, hat uns bewegt, als wir gesagt haben: Wir Niedersachsen sind bereit, 1 000 Flüchtlinge aus Vietnam bei uns aufzunehmen. Die Niedersächsische Landesregierung weiß, dass mit dieser Hilfe das Flüchtlingsproblem der Welt nicht gelöst werden kann. Wir haben auch keine Veranlassung, uns wohlgefällig zurückzulehnen, auf die anderen herabzuschauen und zu beobachten, ob sie es uns gleich tun. Wir wollen einen Beitrag leisten, und wir wollen vielleicht auch ein Signal setzen, aber nicht mehr. Wie ich aus den vielen Zuschriften habe entnehmen können, die ich von unseren Bürgern bekommen habe, ist dies gelungen. Zumindest die Bürger haben dieses Zeichen verstanden.

Natürlich gibt es Probleme, und wir sollten an diese Aufgabe nicht mit Illusionen herangehen, sondern in klarer Erkenntnis der vielfachen Schwierigkeiten. Die Aufnahme und spätere Eingliederung der um den halben Erdball zu uns flüchtenden Menschen wird viel Bereitschaft auf allen Seiten fordern. Es kommen Menschen zu uns, denen unser Kulturkreis fremd ist, die unsere Sprache nicht sprechen, die ein anderes

Klima gewohnt sind. Wir müssen sie kleiden, wir müssen sie beherbergen, wir müssen ihnen Arbeitsplätze bieten. Wir müssen ihnen helfen, die Sprache zu lernen, unsere Sitten zu verstehen und ihre Einsamkeit zu überwinden.

All dies kann nur gelingen, wenn viele Menschen, wenn unsere Beamten, wenn die Gemeinden, die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände, vor allem aber unsere Bürger tatkräftig mithelfen.

Im Übrigen haben wir nun schon eine mehrjährige Erfahrung, nicht zuletzt auch mit der Aufnahme Tausender Asylbewerber z. B. aus Pakistan. Wir haben in Niedersachsen aber auch etwa 400 Bewerber aus Chile aufgenommen, und wir sind bereit, das auch in Zukunft zu tun, ganz gleich, ob die Asylbewerber aus Pakistan oder aus Chile, aus Argentinien oder aus anderen Ländern der Welt kommen.

Die Hilfsmaßnahmen laufen zur Zeit auf vollen Touren. Bei dem Minister für Bundesangelegenheiten ist ein Arbeitsstab gebildet worden, bei dem alle vorbereitenden und betreuenden Maßnahmen koordiniert werden. Zur Zeit stellt sich die Lage wie folgt dar:

Seit gestern Abend ist ein kleines Vorauskommando niedersächsischer Beamter unterwegs nach Malaysia, um den Abtransport der Flüchtlinge von der „Hai Hong“ vorzubereiten. Der Minister für Bundesangelegenheiten wird am Donnerstag die Reise antreten. Wir erwarten die ersten 130 Flüchtlinge für Sonntag, den 3. Dezember, in Hannover-Langenhagen. Bis zum 7. Dezember sollen weitere 400 Flüchtlinge folgen.

Das Lager Friedland, das in den letzten 30 Jahren für Millionen deutscher Menschen, Spätheimkehrer, Vertriebene, Aussiedler, das Tor zur Freiheit wurde und das auch viele politisch Verfolgte aufgenommen hat, wird für die erste Zeit zur Verfügung stehen.

Wir haben darüber hinaus weitere Unterkünfte vorbereitet, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Das Lager Friedland wird in den nächsten Wochen erheblich belastet sein. Wir bitten die dort Tätigen, vor allem aber auch die Aussiedler, um Verständnis, wenn wir um der

Menschlichkeit willen die Bedingungen der Aufnahme in Friedland für wenige Wochen einschränken müssen. Ich bin sicher, daß die Aussiedler, die aus dem Osten zu uns kommen, verstehen, warum wir so handeln.

Der Aufenthalt in Sammelunterkünften soll nach den Vorstellungen der Landesregierung nicht länger als zwei bis drei Monate dauern. In vielen Einzelfällen wird die Zeit erheblich darunter liegen. Danach werden die Gemeinden unsere vietnamesischen Neubürger aufnehmen. Um dies rechtzeitig vorzubereiten, findet bereits heute ein erstes Gespräch zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden statt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend vor allem danken, danken unseren Bürgern, die spontan ihre Bereitschaft zur Hilfe erklärt haben, danken dem Bundesaußenminister und dem Bundesinnenminister, die eng mit uns zusammenarbeiten, danken der Bundeswehr, die den Transport übernimmt, und den Hilfsorganisationen, die bereitstehen. Ich habe mich aber auch gefreut, Herr Ravens, daß Sie die Aktion der Landesregierung eindeutig unterstützt haben, ohne Wenn und Aber.

Meine Damen und Herren, wir konnten nicht nur zusehen. Wir mußten handeln. Wir haben gehandelt.